

sprechen — wenige Fällen ausgenommen — immer nur ganz allgemein von der Zoll- und Steuerbehörde, die besondere Bezeichnung derselben den Ausführungsbestimmungen überlassend, weil die Vertheilung der Befugnisse im Allgemeinen innere Angelegenheit der Verwaltung ist und sein muß.

Es ist nicht unsere Absicht, hier gleich mit ganz speziellen Vorschlägen über die Erweiterung der Amtsbefugnisse der Hauptämter hervorzutreten, eine derartige Maasregel müßte vorerst eine möglichst vielseitige gründliche Erörterung durch die betheiligten Behörden erfahren; wir wollen nur allgemein einige der Gebiete anführen, auf denen uns diese Erweiterung am nothwendigsten und am leichtesten ausführbar erscheint.

z. B. bei der Brausteuergeeseßgebung  
der Erlaß von Steuer im Fall einer durch Betriebs-  
störung unterbliebenen Einmischung;

der Abschluß von Fixationsverträgen, wenn das ange-  
botene Fixum nicht hinter dem Durchschnitt der Steu-  
erzahlung in den letzten drei Jahren zurückbleibt;

die Zulassung zur Entrichtung der Abgabe im Wege  
der Vermahlungssteuer;

bei der Zollgeeseßgebung  
die Bewilligung von Privatniederlagen,

die Verlängerung der Lagerfristen,

die Festsetzung und Erhebung von Verwaltungskosten-  
beträgen,

die Erledigung des Gefällezuckers im Begleitscheinverkehr;  
bei der Strafgeeseßgebung im Verwaltungswege

die Festsetzung jeder der in den Einzel-Geseßen vorge-  
sehenen Geldstrafen ohne Rücksicht auf die Höhe der-  
selben in erster Instanz,

ausgedehntere Befugniß zur Niedererschlagung geringfü-  
giger Defrauden und Ordnungswidrigkeiten;

bei Beamtenfachen die Festsetzung von Umzugskosten,  
Fuhrkostenentschädigungen und Uebernachtungsgebern,  
Versehung von Aufsehern, wenn keine Kosten dadurch  
erwachsen. u. s. w.

Vor einigen Jahren ist ein Anfang im Sinne unseres  
Vorschlags bei der Branntweinsteuergeeseßgebung und beim Post-  
Zoll- und Retourwaarenverkehr gemacht worden und dürften  
Nachtheile daraus für die Verwaltung nicht erwachsen sein,  
jedenfalls aber bedeutende Vortheile für den Gewerbebetrieb  
und den Verkehr; also vivat sequens!

### Ueber Standgläser.

Die in Nr. 13 der „Umjchau“ gemachte Mittheilung, daß  
das Ermitteln des Branntweins in einem Sammelgefäß durch  
Ablefen des Flüssigkeitsstandes an der Scale mit dem wirk-  
lichen Bestande häufig nicht übereinstimmt, kann ich aus eigen-  
er, früher gemachter Erfahrung bestätigen.

Ich war im Jahre 1868/69 zur Beauffichtigung eines  
in der Preßhefenfabrik B.-D. in Dresden von der Steuerbe-  
hörde aufgestellten Spiritusmeßapparates komittirt. Zur  
Feststellung des durch den Meßapparat gegangenen Brannt-  
weins diente ein stehender Cylinder. Derselbe stand auf einer  
Brückenwage, um den Inhalt gleichzeitig mit Leichtigkeit aus  
dem Gewicht zu ermitteln. An diesem Sammelgefäß, höher  
stehenden Cylinder, wurde mit peinlichster Genauigkeit durch  
Vermessen mit Wasser eine Scale zum Ablefen der Flüssig-  
keit hergestellt. Ganz gegen alles Erwarten war der Brannt-  
wein an der Scale mit dem wirklichen Inhalte nicht zu-  
treffend, dagegen war die aus dem Gewicht ermittelte Brannt-  
weinmenge mit der Spiritus-Meßapparatangabe übereinstim-  
mend, was zu näheren Versuchen Anlaß gab. Bei  
den hierauf folgenden Messungen ergab es sich, daß der Spi-  
ritus im Wasserglase oftmals ganz beträchtlich tiefer stand,

als im Sammelgefäß. Der am Boden dieses Sammelge-  
fäßes ruhende, specifisch schwerere Spiritus wird durch die  
folgenden Schichten in das Wasserstandglas gedrückt. Kamen  
nun zufällig die letzten specifisch schweren Mengen in das  
zuvor entleert gewesene Sammelgefäß zu fließen, so blieben  
diese unvermengt am Boden liegen und die späteren Ermitt-  
lungen nach der Scale beim vollen Sammelgefäß waren  
um so mehr abweichend.

Zur Abstellung dieser Täuschungen wurde der Spiritus  
im Sammelgefäß gehörig durchgemengt und der Spiritus aus  
dem Wasserstandglase mehrmals herausgelassen. Hierdurch  
wurde ein günstiges Ergebniß erreicht. Bei größerer Kälte  
jedoch, wo der im Wasserstandglase befindliche Spiritus leicht-  
er abkühlt als die übrige Menge im Sammelgefäß, sank,  
zufolge dieser Abkühlung der Branntwein im Wasserstand-  
glase in kurzer Zeit viel tiefer und gab zu neuen Täuschun-  
gen Gelegenheit.

In den Brennereien, wo der Spiritus bei seiner Abfertli-  
gung nur nach dem Gewicht festgestellt wird, kommt es we-  
niger darauf an, ob der Branntwein im Wasserstandglase  
ein wenig tiefer steht oder nicht. Anders verhält sich die  
Sache bei den Sammelgefäßen in Niederlagen, Reinigungs-  
anstalten zc. Glücklicherweise ist jedoch hier der Spiritus mit  
weniger Abweichung von ein und derselben Stärke. In den  
Brennereien dagegen läuft der Spiritus höchstens 90% und  
und geht am Schluß des Blasenabtriebs oftmals bis auf  
20% zurück  
H. in N.

### Zur Steuerpflicht der Geschäfte in Berechtigungscheinen.

Aus der Entscheidung in dritter Instanz, wonach Ge-  
schäfte in Steuercheinen, d. h. Rücksteuer-Anerkennnissen, der  
Reichsstempelabgabe unterliegen, hatte die Firma Grunwald  
u. Co. in Breslau Veranlassung genommen, bei dem dorti-  
gen Provinzial-Steuer-Direktor anzufragen, ob Geschäfte in  
Berechtigungscheinen steuerpflichtig seien, was von demselben  
verneint wurde. Da neuerdings die Berechtigungscheine über  
Geldbeträge ausgestellt werden, so richtete die Firma eine  
abermalige, unten abgedruckte Anfrage an den Provinzial-  
Steuer-Direktor, auf welche sie den gleichfalls nachstehend ab-  
gedruckten Bescheid erhielt:

Breslau, 15. September 1888.

An das  
Königl. Provinzial-Steuer-Direktorat  
hier.

Laut Bescheid des Herrn Provinzial-Steuer-Direktors vom  
4. Januar cr. sind Anschaffungsgeeseßäfte über die auf Grund  
der Ausführungsbestimmungen zum Branntweinsteuergeeseß vom  
24. Juni 1887 zu ertheilenden Berechtigungscheine einer  
Reichsstempelsteuer nicht unterworfen. Wir gestatten uns  
hierdurch ergebenst anzufragen, ob sich hierin etwas geändert  
hat, nachdem qu. Berechtigungscheine nicht mehr über Liten-  
mengen, sondern auf Geldbeträge lautend, ausgestellt werden.

Einem geneigten baldigen Bescheide hierüber entgegense-  
hend, zeichnen wir

Hochachtungsvoll  
gez. Grunwald u. Co.

Breslau, 17. September 1888.

Der Spritiabrik erwidere ich auf die Anfrage vom 15.  
d. Mts. ergebenst, daß auch die in Gemäßheit des Beschluf-  
ses des Bundesrathes vom 12. Juli d. J. ausgestellten  
Branntweinsteuer-Berechtigungscheine sich nicht als für den  
Handelsverkehr bestimmte Schuldverschreibungen qualificiren.  
Werthpapiere dieser Art haben zur Voraussehung, das in  
ihnen die Uebernahme der Verpflichtung zur Zahlung der in  
einer Geldsumme bestehenden Schuld zum Ausdruck gebracht  
ist. Diese Voraussehung trifft bei den hier in Rede stehen-  
den Berechtigungscheinen nicht zu, weil der Differenzbetrag  
zwischen dem höheren und dem niedrigeren Verbrauchsabga-